

Referat zur Tagung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Vier Jahrzehnte Alternative Wirtschaftspolitik

am 20.6.2015

### **Lebensentwürfe im Wandel – Herausforderungen für die Politik**

Der Titel fällt etwas aus dem Rahmen der Memo-Themen. Er thematisiert nicht ökonomisch-politische Strukturen, sondern benennt das, was man früher gerne den subjektiven Faktor nannte, und zwar mit Bedürfnissen auch außerhalb der Erwerbsarbeit. Nicht unbedingt eine historische Stärke der Memo-Gruppe – aber wie soll es auch bei Makroökonomien anders sein! Deshalb will ich den Titel meines Referates etwas abändern: "Lebensentwürfe im Wandel – Herausforderungen auch für die Memo-Gruppe".

Ihr findet dazu auch ein Kapitel in der Langfassung des diesjährigen Memos – erarbeitet von einer Arbeitsgruppe mit Katharina Rohloff, Mechthild Schrooten, Stefanie Rose und mir und diskutiert mit vielen anderen KollegInnen. Ich will die Inhalte dieses Kapitels – vor allem die dort aufgeführten Zahlen und Belege – nicht einfach wiederholen; Ihr könnt es schließlich lesen. Ich werde mich darauf konzentrieren, welche Brüche in der Ökonomie, im politischen System, aber auch in den kulturellen Normen dadurch entstehen, dass sich vor allem in der jüngeren Generation Lebensentwürfe entwickeln, die die Trennung zwischen Erwerbsarbeit, über die "Mann" sich seinen gesellschaftlichen Status erarbeitet, und zwischen dem privaten, davon abgeleiteten Bereich, für den "Frau" zuständig ist, in Frage stellen. Wie und mit welchen Alternativen können wir sie nutzen?

Aktuell konstatieren wir mehrere Haupttrends, die in Konflikt zueinander stehen:

- Einerseits wollen auch in Westdeutschland immer mehr junge Frauen und auch eine wachsende Minderheit an Männern Erwerbstätigkeit und Privatleben gleichrangig miteinander verbinden und mit ihrem Partner gleichwertig teilen; in Ostdeutschland war und ist das Bedürfnis von Frauen nach eigener ökonomischer Existenz schon lange höher. Manche Interpreten machen sogar bei der sog. Generation Y – der Generation, die jetzt ins Berufsleben tritt – einen Wertewechsel aus, der über die Geschlechterfrage hinaus geht und generell die Unterordnung des gesamten Lebens unter die Erwerbsarbeit in

Frage stellt. Ob sich das als stabil erweist oder eher dem Wunsch von Soziologen nach jeweils publizitätswirksamen neuen Trends geschuldet ist, ist für mich offen. Fakt ist aber, dass in dieser Generation mehr als bisher die alte Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Privatbereich, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit mit ihrer unterschiedlichen Wertigkeit in Frage stellen. Inwieweit damit auch tief verwurzelte traditionelle kulturelle Normen überwunden sind, ist noch nicht ausgemacht. Die Vorstellungen darüber, welche Bedeutung Erwerbsarbeit oder Privatbereich in den jeweiligen Lebensphasen haben sollen, unterscheiden sich allerdings. An die Stelle des alten Familienernährer-Modells tritt also nicht unbedingt ein einziges neues Modell.

- Andererseits nutzen Unternehmen das weibliche Arbeitsvermögen verstärkt, polarisieren aber die Arbeitsanforderungen: bei qualifizierten Arbeitsplätzen steigen die Ansprüche an die Verfügbarkeit von Beschäftigten, die Arbeitszeit wird entgrenzt, der Privatbereich ausgerechnet parallel zur Erosion des klassischen Familienernährer-Modells zur Restgröße degradiert. Frauen, die diese Normen erfüllen können, haben größere Chancen als zu Zeiten des patriarchalen Wohlfahrtsstaat, der als kulturelle Norm auch in den Unternehmen verankert war. Frauen, die aufgrund ihrer familiären Situation diese Anforderungen nicht erfüllen können oder wollen, werden häufig auf prekäre Arbeit - Teilzeit z. B. - abgedrängt. Frauen und Männer werden - grob gesagt - vor die Alternative gestellt: entweder qualifizierte Arbeit oder Anspruch auf ein eigenes Privatleben.
- Für die staatliche Politik ist dies zu einem Top-Thema geworden, allerdings reagiert sie mehr als inkonsistent darauf: das Familienernährer-Modell wird mit Ehegattensplitting und Mini-Jobs gefördert - u.a. auch, weil beides in der Bevölkerung leider sehr beliebt ist. Gleichzeitig wird zusammen mit der EU das adult-worker-model propagiert, nach dem auch alle Frauen sich eigenständig durch Erwerbsarbeit ernähren und z. B. nach der Geburt eines Kindes möglichst schnell wieder ins Erwerbsleben zurückkehren sollen. Es wird einerseits durch den in Westdeutschland erst spät begonnenen Ausbau ganztägiger Kinderbetreuung unterstützt; andererseits wird es durch reduzierte Versorgungsansprüche im Fall von Scheidung oder Tod des Ehepartners quasi erzwungen. In seiner neoliberalen Ausprägung fordert es auch von Frauen, sich den männlich dominierten Arbeitsnormen anzupassen, wenn sie beruflich mithalten wollen und die Vereinbarkeitsprobleme "wegzumanagen".

Mit der Beschreibung der profitorientierten Kapitalstrategien und der inkonsistenten staatlichen Politik kennen wir uns gut aus; ich will es deshalb bei dieser kurzen Skizze belassen. Wenn wir Alternativen dazu formulieren wollen, wird es schwieriger. Wir müssen uns mit Fragen auseinandersetzen wie: welchen gemeinsamen Rahmen fordern wir in der Arbeitszeitpolitik, in der Steuer- und Sozialpolitik, welche Vielfalt

wollen wir zulassen bzw. fördern? Welche Bedeutung soll die Erwerbsarbeit behalten, welche Bedeutung der Reproduktionsbereich bekommen? Wie sollte künftig das Normalarbeitsverhältnis aussehen – unbefristete Vollzeit für Alle oder flexiblere Arbeitsformen?

Diese widersprüchliche Gemengelage führt zu erheblichen Brüchen – vor allem im beruflichen Lebenslauf von Beschäftigten entsteht eine großen Diskrepanz zwischen ursprünglichen Lebensentwürfen und dem späteren Verhalten. Der Bruch folgt nach der Geburt des ersten Kindes: Mann arbeitet weiter Vollzeit, Frau vor allem in Westdeutschland nach Unterbrechung Teilzeit. Die Gründe dafür sind vielfältig und schwer zu unterscheiden:

- Die real existierende Unvereinbarkeit von Vollzeit und Familienbetreuung sowohl in der Erwerbsarbeit als auch in dem Angebot an Kinderbetreuung, mit der man sich arrangieren muss und auch deshalb dies Arrangement nicht prinzipiell in Frage stellt.
- Die immer noch existierenden tief verwurzelten kulturelle Normen in Bezug auf männliche und weibliche Aufgaben, die auch unter den neueren Lebensentwürfen immer noch zu schlummern scheinen; auch junge Männer tun sich – das zeigen viele Befragungen – nach wie vor schwer mit dem Gedanken, dass nicht nur die Frauen, sondern auch sie ihre Erwerbstätigkeit zugunsten des Familienlebens reduzieren könnten.
- Vielleicht zeigt sich hinter dem Wunsch nach Teilzeit aber auch – wenn auch in deformierter Form – das Bedürfnis, in bestimmten Lebensphasen mehr Zeit für sich und das Privatleben zu haben; vielleicht können Frauen das eher artikulieren, zumal wenn sie in einer Versorgungsehe leben. Ich greife hier einen Gedanken der amerikanischen Soziologin und Feministin Nancy Fraser auf: "Zitat ..."

Trotz dieser Retraditionalisierung scheint das neue modernisierte Familienernährer-Modells mehr als brüchig: Auch bei stabilen Partnerschaften bleiben die Wünsche nach mehr gleichwertiger Aufteilung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit entgegen der Polarisierung zwischen langer Vollzeit und kurzer Teilzeit virulent: Männer wollen kürzer arbeiten, Teilzeit arbeitende Frauen länger. Ob sich hier vor allem der Stress in der rush-hour-Phase – der parallelen Bewältigung von Familiengründung und beruflicher Entwicklung – zeigt oder auch eine generelle Erschöpfung gegenüber der Vereinnahmung und Überforderung durch die neoliberale Entgrenzung der Erwerbsarbeit zeigt, ist offen; für politische Aktivitäten wäre es aber wichtig zu prüfen, inwieweit des neoliberale Modell, das mit dem Versprechen von individuellen Entfaltungsmöglichkeiten gestartet ist, dies Versprechen aber überwiegend enttäuscht hat, inzwischen zwar nicht an Macht, aber an Überzeugungskraft und damit an Hegemonie verloren hat. Auch die Versorgungsehe ist zwar erodiert; aber wenn an deren Stelle immer mehr prekäre Lebenslagen treten, dann tritt an die Stelle des

Familienernährer-Modells keine neue Stabilität. Die zunehmende Verunsicherung, ob man sich noch Kinder leisten kann und die dramatischen Armutsquoten bei Alleinerziehenden und künftig bei verwitweten Rentnerinnen sind ein erster Beweis. In einigen expandierenden Branchen mit hohem Frauenanteil und hohen Qualifikationsanforderungen – z. B. in der Gesundheitsbranche bei ÄrztInnen und Pflegepersonal – wird die real existierende Unvereinbarkeit von Beruf und Familie auch zu einem Problem bei der Rekrutierung des Personals. Diese Brüche erzeugen gesellschaftlichen Druck. Der modernere Teil der CDU und die SPD versuchen sich, mit den unterschiedlichsten Maßnahmen vor allem mit Ausbau der Kinderbetreuung zu profilieren. Was die Arbeitsbedingungen betrifft, konzentrieren sich die Maßnahmen allerdings in neoliberaler Form vor allem auf freiwillige, jederzeit rückholbare Vereinbarungen zu familienfreundlichen Arbeitszeiten, die selektiv auf qualifizierte Frauen abzielen, die auf dem Arbeitsmarkt gehalten werden sollen. Bei dem Gros der Anderen mit weniger Marktmacht wird aber weiterhin auf den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft gesetzt. Reformorientierte Teile z. B. in der SPD wollen sich allerdings gegen die CDU profilieren, indem sie z. B. die Einführung einer 30-Stunden-Familienzeit einführen und auch den in Deutschland besonders großen gender-pay-gap abbauen wollen.

Selbst mit diesen nicht sehr revolutionären Plänen entstehen aber die nächsten Inkonsistenzen: Das Familienernährer-Modell ging einher mit einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Wertigkeit von männlich konnotierter sog. produktiver Arbeit und weiblich konnotierter sog. sorgender Arbeit. Das zeigte sich einerseits in der geringen Wahrnehmung unbezahlter Arbeit, aber auch in der unterwertigen Bezahlung typisch weiblicher Arbeit z. B. in der Care-Ökonomie. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben viele Gründe; ein wesentlicher ist aber, dass in Branchen mit hohem Frauenanteil Tätigkeiten schlechter bezahlt werden, weil sie als weniger wert gelten; das spiegeln auch viele Tarifverträge wider, weil auch in den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen typisch männliche und weibliche Tätigkeiten lange Zeit unterschiedlich bewertet wurden. Dies wird gesellschaftlich immer weniger akzeptiert und auch in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zum Konfliktthema. Wenn dieser gender-pay-gap abgebaut werden soll, gerät dies in Widerspruch zur Austeritätspolitik. Auch ein eher neoliberal gefärbtes adult-worker-model erfordert, dass anstelle unbezahlter Arbeit bezahlte Arbeit in der care-Ökonomie ausgebaut wird, eine der größten Frauenbranchen. Wie soll aber ein Ausbau gut bezahlter Arbeit in der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Austeritätspolitik finanziert werden? Ein Dilemma, das inzwischen auch zum politischen Konflikt geworden ist, wie wir gerade beim Kita-Streik um Abbau der unterwertigen Bezahlung oder bei dem sich abzeichnenden Streik des Pflegepersonal an der Berliner Charité-Klinik um bessere Arbeitsbedingungen durch mehr Personal gerade sehen.

Eine noch größere Herausforderungen wird darin bestehen, entgegen der jetzigen Kapitalstrategie nach möglichst entgrenzter Verfügbarkeit über Arbeitskräfte den

Wunsch nach gleichwertiger Aufteilung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsbereich durchzusetzen. Damit sind wir beim Thema Arbeitszeitgestaltung und neuem Normalarbeitsverhältnis.

Innerhalb der Linken und den Gewerkschaften werden in Bezug auf das Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit und privater Zeit grob gesagt zwei Modelle diskutiert (ich lasse das bedingungslose Grundeinkommen weg, da die Anzahl der AnhängerInnen beim Memo sicher übersichtlich ist):

- eine Arbeitszeit für Alle von 30 Stunden pro Woche oder sogar von nur von einer rechnerischen Größe von 4 Stunden pro Tag wie in der 4 in 1-Perspektive, die im Schnitt 4 Stunden für Erwerbsarbeit, 4 Stunden für Sorgearbeit, 4 Stunden für gemeinschaftliche Aktivitäten und 4 Stunden für eigene Entfaltungsmöglichkeiten schaffen will. Damit soll alle Beschäftigten genügend Spielraum für die unterschiedlichsten Reproduktionsbedürfnisse haben und die Trennung zwischen Vollzeit und Teilzeit aufgehoben werden.
- eine Arbeitszeit, die sowohl von der Länge als auch von der Lage her sich auch nach unterschiedlichen Reproduktionsanforderungen und unterschiedlichen Lebensphasen der Beschäftigten richten muss: Beschäftigte sollen für bestimmte Lebensphasen einen Rechtsanspruch auf Unterbrechung bzw. Verkürzung ihrer Arbeitszeit und auf eine bestimmte Arbeitszeitlage bekommen, gekoppelt mit steuerfinanziertem sozialrechtlichem und finanziellem Ausgleich; also kürzere Arbeitszeit in der Elternphase, für Weiterbildung, für Ehrenamt, für Ältere usw.. Dies neue Normalarbeitsverhältnis will also den Wechsel zwischen Vollzeit, Arbeitsunterbrechung und Teilzeit mit Rückkehrrecht und ohne qualifikatorische und finanzielle Verluste und mit Rückkehrrecht ermöglichen.

All diese Konzepte überschneiden sich an vielen Stellen: nicht nur in dem gemeinsamen Ansatz einer deutlichen durchschnittlichen Arbeitszeitverkürzung und der Aufhebung prekärer Arbeitsverhältnisse – sie wollen zusätzlich zur Arbeitszeitverkürzung auch Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit usw. abschaffen. Sie können sich gut ergänzen; so koppelt z. B. Ingrid Kurz-Scherf in ihrem utopischen Tarifvertrag beide Elemente. Trotzdem setzen sie unterschiedliche Prioritäten. Ich will sie ausschließlich danach behandeln, inwieweit sie eine gleichwertige Aufteilung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeiten ermöglichen. Die anderen mindestens gleich wichtigen Ziele von Arbeitszeitverkürzung wie die der Vollbeschäftigung wird Norbert Reuter behandeln. Ich werde mich gemäß der Memo-Diskussion auf das Konzept der 30-Stunden-Woche einerseits und der lebensphasenspezifischen Arbeitszeit andererseits konzentrieren.

Die Forderung nach einer kurzen Vollzeit für Alle hat den Vorteil, dass sie für alle Beschäftigten unabhängig von ihrer jeweiligen privaten Situation ein gemeinsames Ziel setzt. Dies verwehrt damit den Unternehmen auch die Möglichkeit, quasi zwischen

"voll einsetzbaren" Beschäftigten und Beschäftigten mit Reduzierungs- oder Rückkehransprüchen zu selektieren. Das ist aber angesichts der unterschiedlichen Reproduktionsanforderungen m. E. auch ihre Schwäche. Mit ihrer Konzentration auf die Arbeitszeitlänge geht das Konzept auf ein wesentliches Problem nicht ein: Die Entgrenzung der Arbeit unter dem neoliberalen Regime führt nicht nur zu einer Verlängerung der Arbeitszeit wie im Augenblick bei Vollzeitbeschäftigten; sie entgrenzt vor allem die Verfügbarkeit über die Arbeitszeitlage und fordert, dass Beschäftigte sich zu Lasten eines planbaren Privatlebens jederzeit für wechselnde Arbeitsanforderungen bereit zu halten haben. Hinter dem alltäglichem betrieblichem Problem, was wichtiger ist: das Kind vom Kindergarten abzuholen, sich einen Tag wegen seiner Einschulung frei zu nehmen oder wegen einer Terminarbeit länger zu bleiben bzw. den freien Tag zu opfern, stecken unterschiedliche Prioritäten grundsätzlicher Art darüber, welcher Lebensbereich wichtiger ist und wer sich nach welchen Anforderungen zu richten hat. Auch eine kurze Vollzeit schafft dies Problem nur teilweise aus dem Weg, weil sie die unterschiedlichen Reproduktionsanforderungen nicht explizit berücksichtigt, weil Beschäftigte ohne familiäre Anforderungen auch bei einer 30-Stunden-Woche verfügbarer und deshalb profitabler sind als Beschäftigte mit Familie. Diese Unterschiede in der Verfügbarkeit kann auch eine gleiche kurze Vollzeit für Alle nicht ausgleichen. Außerdem werden auch bei einer 30-Stunden-Woche viele Beschäftigte das Bedürfnis haben, darüber hinaus ihre Arbeitszeit zu verkürzen oder zu unterbrechen, wenn sie in einer bestimmten Lebensphase mehr Zeit für sich und für private Sorgearbeit brauchen. Die anfangs zitierten Lebensentwürfe nach gleichwertiger – nicht gleichartiger – Aufteilung von Erwerbsarbeit und Privatbereich je nach Lebensphase erfordern es m. E. unabdingbar, dass wir sie als gleichberechtigte Ansprüche der strukturellen Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber dem Privatbereich entgegen stellen. Das hat für den Arbeitgeber ökonomische Folge: er muss seine Verfügungsgewalt über das Personal einschränken und die Personalreserve drastisch aufstocken, anstatt Beschäftigte als Personalreserve zu nutzen. Es verlangt aber auch bei Beschäftigten einen Mentalitätswechsel im Umgang mit der Erwerbsarbeit; Vorgesetzten müssen ihre Machtansprüche gegenüber ihren Untergebenen und ihrer Verfügbarkeit einschränken; auch Beschäftigten müssen eine Aufwertung des angeblich Privaten mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen in ihrer täglichen Arbeitsorganisation akzeptieren, die auch unterschiedliche Rechtsansprüche in der Erwerbsarbeit begründen können. Die Konfliktlinien verlaufen dann nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Beschäftigten mit unterschiedlichen kulturellen Normen.

Dies Konzept ist sehr voraussetzungsvoll mit vielen offenen Fragen: soll nur für Lebensphasen mit einem anerkannten gesellschaftlichen Nutzen wie z. B. Elternzeit, Weiterbildung, Ehrenamt oder Pflege von Familienangehörigen ein solcher Rechtsanspruch durchgesetzt und auch gesellschaftlich finanziert werden? Oder soll

darüber hinaus alle Beschäftigten – wie z. B. von Claus Schäfer vorgeschlagen – einen Anspruch auf bedingungslose Grundzeit zur rein individuellen Verfügung erhalten. Aktuell konzentrieren sich politische und auch tarifpolitische Aktivitäten auf spezielle Lebensphasen wie Elternzeit (die SPD will eine Familienzeit einführen) oder verkürzte Arbeitszeiten für besonders belastete Beschäftigte oder Ältere. Sie beschränken sich noch auf Ausnahmephasen, stellen also das generelle Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionsbereich nicht in Frage, während das hier vorgestellte Konzept daraus eher eine neue Regel machen will – auch um den Unternehmen Selektionsmöglichkeiten zwischen mehr oder weniger verfügbaren Arbeitskräften zu nehmen. Denn erst, wenn sich eine neue Norm durchgesetzt hat, dass alle Beschäftigten im Lebensverlauf Rechtsansprüche an flexiblem Einsatz in Anspruch nehmen können, muss sich die Arbeitsorganisation generell darauf einrichten und kann das Problem des Personalersatzes, der Arbeitsumverteilung nicht mehr bei den verbleibenden Beschäftigten abwälzen. Aber auch zunächst begrenzte Ansprüche können die Diskussion über weitergehende Ansprüche intensivieren, weil sie das Grundprinzip in Frage stellen, dass privates privat zu lösen ist. Sie können die unterschiedlichen Reproduktionsbedürfnisse zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen machen und auch zum Gegenstand offizieller betrieblicher Auseinandersetzungen – informell sind sie längst schon Teil von Aushandlungsprozessen zwischen Beschäftigten, wo Arbeitszeiten getauscht, geschoben werden, aber immer auch unter Gruppendruck und vor allem unter dem Druck knappen Personals. Alleine diese alltäglichen informellen Bewältigungsstrategien endlich zum Gegenstand offener und legitimer Ansprüche an den Arbeitgeber zu machen, würde einiges in Gang setzen. Bei den Gewerkschaften werden dazu auch tarifpolitisch Modelle diskutiert bzw. sind z. T. schon durchgesetzt – ob der Demographiefond für die Chemische Industrie, der u.a. verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung für bestimmte Beschäftigtengruppen ermöglicht; oder die Diskussion innerhalb der IG Metall, nach der Verlängerung der Altersteilzeit und den ersten Regelungen für Weiterbildung demnächst auch eine Elternteilzeit anzupacken. Die ersten Erfahrungen z. B. mit dem Fond in der Chemischen Industrie zeigen, dass es nicht einfach ist, "nur" für bestimmte Beschäftigtengruppen eine von allen bezahlte verkürzte Arbeitszeit durchzusetzen. Es scheint einem Gerechtigkeitsgedanken zu widersprechen, der auf gleiche Arbeitsleistung abstellt und der unterschiedliche Betroffenheiten vor allem aus dem Privatbereich zunächst ausklammert. Umso wichtiger ist aber, die Diskussion darüber zu beginnen.

Wie wirken sich aber mehr individuelle Spielräume im Ausleben von Lebensentwürfen im praktischen Verhalten aus wenn sich alte immer noch wirkungsmächtige kulturelle Normen und neue egalitäre Ansprüche an Erwerbsarbeit und Reproduktionsbereich und deren Aufteilung zwischen den Geschlechtern beißen? Wenn wir das Problem ausblenden und nur auf neue Vielfalt setzen, werden wahrscheinlich alte Rollen nicht in Frage gestellt. Denn formal gleiche Rechtsansprüche wirken bei bestehenden

ungleichen kulturellen Normen und bei die Nutzung der bisherigen Elternzeit fast ausschließlich von Frauen hat das gezeigt. Erst die zusätzlich geschaffenen von vielen belächelten 2 Monate für Väter haben etwas bewirkt:

Mich hat vor einigen Jahren eine These der großen amerikanischen Feministin und Politologin Nancy Fraser sehr beeindruckt. Sie fragt, warum es nach der Weltfinanzkrise 2008 keine ähnliche Gegenbewegung zur Bändigung der zerstörerischen Marktkräfte gab wie 1929. Ihr These: es gab damals eine starke Gegenbewegung gegen einen entfesselten Markt, die sich unter dem Gedanken des sozialen Schutzes bündeln ließ. Heute hat sich das Spektrum um eine dritte Bewegung erweitert: die emanzipatorische Bewegung, die die Anerkennung von unterschiedlichen Lebensentwürfen sowohl in der Erwerbsarbeit als auch im Privatbereich fordert, von individueller Autonomie, von freiem Zugang unabhängig von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung. Diese Bewegungen haben Berührungspunkte , aber auch Konflikte mit der sozialen Schutzbewegung; denn sie haben offen gelegt, dass unter der Idee des sozialen Schutzes auch patriarchale Normen durchgesetzt wurden, die Andere ausschlossen, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Vielfalt auch behinderten, wenn sie diesen Normen nicht entsprachen. Und diese Normen konnten nicht einfach in das Schema des



Interessengegensatz Kapital und Arbeit gepresst werden. Das deutlichste Beispiel dafür war und ist das Familienernährer-Modell und der Traum von Arbeitern, so viel zu verdienen, dass ihre Frauen nicht mehr zu arbeiten braucht. Nancy Fraser stellt fest, dass es heute z. T. eine gefährliche Liebschaft zwischen Neoliberalen und emanzipatorischen Bewegungen gibt, weil Neoliberale versprechen, mehr Autonomie, mehr Zugang unabhängig von sozialen Normen zu gewähren, weil aber auch soziale Schutzbewegungen zu wenig in der Lage waren und sind, sich zu öffnen und ihre Normen zu überprüfen. Ihre These: Nur ein Bündnis zwischen sozialer Schutzbewegung und emanzipatorischer Bewegung kann die Kraft aufbringen, der neoliberalen Marktentfesselung Einhalt zu gebieten. Das fordert beiden Bewegungen einiges ab.